

Das Wochenmagazin der SPÖ - www.spoe.at

SPÖ ***Aktuell***

14. November 2008 - Nr. 44 - 0,73 Euro



**2,2 Milliarden Euro
Entlastung für
die Arbeitnehmer**

Steuerreform kommt 2009

**500 Millionen
mehr für die Familien**

**1,8 Milliarden
für Konjunktur und
Beschäftigung**



KURZ GEMELDET

FSG-Sieg bei Personalvertretungswahl in Salzburg

Bei den Personalvertretungswahlen in der Landesverwaltung in Salzburg konnte die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter(FSG) ihre 2003 gewonnene Mehrheit eindrucksvoll verteidigen. Die FSG errang rund 55,4 Prozent, die FCG/ÖAAB rund 44,6 Prozent. Im Zentralausschuss bleibt die Verteilung der Mandate wie gehabt: Die FSG behält acht Mandate, die FCG sieben. Der Erfolg komme nicht von ungefähr, denn die sozialdemokratischen Personalvertreter hätten in den vergangenen fünf Jahren hervorragende Arbeit geleistet, so Landeshauptfrau Gabi Burgstaller.

Koalitionsverhandlungen weit fortgeschritten

Die Koalitionsverhandlungen schreiten zügig voran. „Ich würde sagen, es geht ins Finale“, meinte SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann. Die Frage von EU-Volksabstimmungen und Details zur Steuerreform sind in den Koalitionsverhandlungen noch offen. In Sachen EU bekräftigte Faymann seine Position, wonach man „dem Partner eine eigene Meinung“ überlassen solle. Es sei aber grundsätzlich „nichts unüberwindbar“. Bis Ende der Woche haben die Untergruppen Zeit für Verhandlungen, ab Sonntag werden entweder in einer großen Runde oder in einem intensiven Vier-Augen-Gespräch Verhandlungen geführt, so Faymann.

Klimaziele: RH für Maßnahmen in Inland

Der Rechnungshof (RH) hält das Erreichen der Kyoto-Klimaziele für unwahrscheinlich. Emissionszukaufe aus dem Ausland sind für den RH keine Lösung, notwendig seien Maßnahmen im Inland. Eine Analyse, die SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr teilt. „Investitionen für den Klimaschutz im Inland sind um ein Vielfaches sinnvoller als das Freikaufen von Verpflichtungen durch den teuren Ankauf von Verschmutzungsrechten im Ausland“, betont Bayr. Denn das schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Inland, senkt unseren Treibhausgas-Ausstoß dauerhaft und führt zu einer Steigerung der Lebensqualität.

BUNDESHEER

Assistenzeinsatz um ein Jahr verlängert

Die Sicherung des Grenzraumes in Niederösterreich und Burgenland wird um ein weiteres Jahr verlängert.



Zwei Angehörige des österreichischen Bundesheeres beim Assistenzeinsatz.

Bundesheer

Seit dem Fall der Schengengrenze im Dezember 2007 leistet das österreichische Bundesheer den sogenannten „Assistenzeinsatz“ im grenznahen Gebiet der beiden östlichen Bundesländer. Bis zu 1.500 Soldaten werden vermutlich bis 31. Dezember 2009 ihren Dienst zum Schutz der Landesgrenzen und unserer Sicherheit versehen. Ursprünglich war geplant gewesen, den Assistenzeinsatz mit dem Fall der Schengengrenze zu den östlichen Nachbarn Ende 2008 einzustellen, nach dem Neuwahl-Beschluss kündigte die Regierung eine Verlängerung an. Bis Sommer 2009 wird eine von Innen- und Verteidigungsministerium unter Einbindung der Bundesländer Burgenland und Niederösterreich durchgeführte „Wirkungsprüfung“ Aufschlüsse darüber geben, wie es danach weiter gehen soll.

Hauptsächliche Aufgabe der eingesetzten Soldaten ist es, zu patrouillieren und verdächtige Beobachtungen der Exekutive zu melden. Die Soldaten selbst haben keine Exekutivbefugnisse. Es sind Berufs-, Milizsoldaten und Grundwehrdiener im Einsatz. Ein „Turnus“ beim Grenzraumeinsatz dauert sechs Wochen. Die meisten Einsätze des Bundesheeres betreffen Sachverhalte rund um Schlepperei, illegale Einwanderung,

strafbare Handlungen (z. B. Einbrüche) sowie Maßnahmen und Erste Hilfe bei Unfällen.

Vom Dezember 2007 bis zum Oktober 2008 wurden laut Verteidigungsministerium 610 Meldungen an die Exekutive abgegeben, wovon 424 Amtshandlungen zur Folge hatten. Statistisch nicht erfassbar sind naturgemäß die Erfolge in der Verbrechens-Prävention, man kann von tausenden verhinderten Kriminalfällen ausgehen. Insgesamt war unser Bundesheer von September 1990 bis Dezember 2007 im Rahmen eines Assistenzeinsatzes mit über 2.000 Soldaten direkt an der Landesgrenze präsent. In diesen 17 Jahren waren insgesamt rund 330.000 Soldaten im Einsatz, die 100.000 illegale Grenzübertritte verhindern konnten. Zufrieden mit dem Assistenzeinsatz zeigt sich Verteidigungsminister Norbert Darabos. Er verweist darauf, dass durch Meldungen von Soldaten im vergangenen Jahr zahlreiche strafbare Handlungen gemeldet und die Exekutive vielfach unterstützt werden konnte. Darüber hinaus seien Soldaten oftmals nach Unfällen als Erste zur Stelle und leisteten Erste Hilfe. „Die Bilanz des Einsatzes ist positiv, und die Zusammenarbeit mit der Exekutive funktioniert hervorragend“, sagt Norbert Darabos. ♦

POST

Faymann zieht Notbremse

Infrastrukturminister Werner Faymann hat ein Sanierungspaket des Post-Vorstandes wieder an den Absender zurückgeschickt. Bis Mitte 2009 gibt es keine Postämter-Schließungen.



APA/Artinger

An die 1.000 Postämter will der Post-Vorstand schließen. Dem hat Minister Faymann einen Riegel vorgeschoben.

Anlass für diesen Schritt des Ministers waren Medienberichte, wonach das Post-Management radikale Einschnitte plant. Demnach sollten laut einem internen Strategiepapier bis 2015 rund 9.000 Postler gehen, von den rund 1.300 Postämtern sollen die 1.000 geschlossen werden und nur mehr 300 übrig bleiben. Ebenso sollten mehr als 30 Briefverteilzentren geschlossen werden.

Dem schob Werner Faymann jetzt einen Riegel vor. „Ich ziehe da jetzt per Verordnung die Notbremse und sage: Für die nächsten sechs Monate, gerechnet ab Jahresbeginn 2009, darf gar kein Postamt geschlossen werden“, so der Infrastrukturminister. In der Zwischenzeit müsse „ernsthaft nach einer Alternative zum bisherigen reinen Kahlschlagkonzept“ gesucht werden. Konkret hat Faymann eine Verordnung zur Änderung der Universaldienstverordnung (UD) zur Begutachtung ausgesendet, in der es heißt:

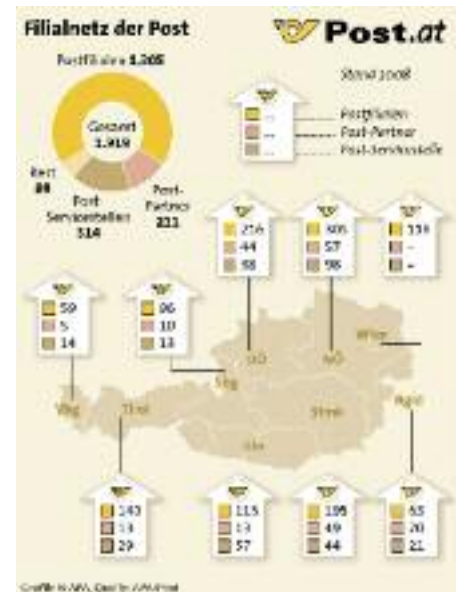
„Das Postämter-Netz darf zwischen 1. 1. 2009 und 30. 6. 2009 nicht verkleinert werden.“ Weiters kündigte Faymann an, in einer neuen Universaldienstverordnung auch von den Mitbewerbern der Post AG zu verlangen, dass sie die Lasten mittragen. Sie sollen sich dann nicht nur in den Ballungsgebieten „die Rosinen herauspicken“. Faymann: „Ich will die Post damit unterstützen und vor unfairer Wettbewerb schützen.“

„Post darf nicht zur AUA werden“

Bereits vor der Verordnung des Schließungsstopps hat der Infrastrukturminister die Vorgangsweise des Managements scharf kritisiert. „Die Post darf nicht zur AUA werden“, so Faymann. Sonst müsse man nach der Liberalisierung im Jahr 2011 „womöglich die Post verschenken und dann auch wieder was draufzahlen“. Dafür, dass das nicht passiert, müsse man jetzt die Weichen stellen. Und er habe jetzt den Eindruck, dass diese Vorbereitungen gut laufen. Er könne sich auch nicht vorstellen, dass Manager gut dafür bezahlt werden, dass sie Leute rausschmeißen und Postfilia-

len schließen. „Dazu braucht man sie eigentlich nicht“, so Faymann. Er sei auch überrascht, dass man zuerst ein Papier schreibe und erst dann die anderen Regierungsmitglieder informiert. „Austauschen oder rausschmeißen kann ich diese Manager nicht, weil ich nicht für sie zuständig bin“, so Faymann.

Ein Thema für die Koalitionsverhandlungen soll die Post nicht werden. Das sei viel mehr ein konkretes Arbeitsthema für einen Minister, betonte Faymann. Konkret ist in diesem Fall der Eigentümervertreter, nämlich Finanzminister Molterer gefordert. Der hätte schon längst aktiv werden müssen, machte der SPÖ-Vorsitzende deutlich. ♦



Das Postämter-Netz darf zwischen 1. 1. 2009 und 30. 6. 2009 nicht verkleinert werden.

WISSEN

Was steht in der Universaldienstverordnung?

Die Universaldienstverordnung legt fest: die Zustellfrequenz, Öffnungszeiten der Post-Geschäftsstellen, Laufzeiten (mindestens 95 Prozent müssen am nächsten Tag zugestellt sein). Und sie garantiert die flächendeckende Versorgung – auch in die entlegendsten Gebiete Österreichs. Alle Infos zur Universaldienstverordnung sind zu finden unter: www.bmvit.gv.at/telekommunikation/post/recht/aut/postuniversalvo.html

WIRTSCHAFT

Steuerreform

SPÖ und ÖVP haben sich auf eine vorgezogene Steuerreform 2009 mit einem Volumen in der Höhe von 2,7 Milliarden geeinigt. Außerdem wurde ein weiteres Konjunkturpaket vereinbart. Kosten: 1,9 Milliarden Euro.



Bauprojekte sind auch beim zweiten Konjunkturpaket ein zentraler Bestandteil. Dadurch sollen der Wirtschaft Impulse gegeben und die Beschäftigung angekurbelt werden.

Fotolia

Die internationale Finanzkrise und ihre Auswirkungen für unser Land und die heimische Wirtschaft erfordern rasches und zielstrebiges Handeln. Mit einem Bankenpaket und einem Konjunkturpaket wurden bereits erste, wichtige Schritte gesetzt. Die SPÖ hat aber immer betont, dass weitere Maßnahmen folgen müssen.

Im Zuge der Koalitionsverhandlungen haben SPÖ und ÖVP letzte Woche fixiert, dass nun bereits 2009 eine Steuerreform kommen und es ein zweites Konjunkturpaket geben soll. Die vereinbarten Punkte sollen bis 2012, 2013 voll wirken und eine bessere Konjunkturentwicklung bringen als etwa vom WIFO prognostiziert. Parallel zu den Maßnahmen zur Entlastung der Bevölkerung und zur Kon-

junkturbelebung sollen Strukturreformen und sinnvolle Einsparungen das Budget entlasten, erklärte Faymann. So könnten etwa in der Infrastruktur, im Bauwesen, bei Ausschreibungen oder auch – in Zusammenarbeit mit den Ländern und Sozialpartnern – im Gesundheitswesen Einsparungsmaßnahmen getroffen werden.

Die Eckpunkte von Steuerreform und Konjunkturpaket

Im Folgenden die Eckpunkte der Steuerreform 2009 und des Konjunkturpakets:

- ▶ **Tarifreform:** SPÖ und ÖVP haben sich auf eine Tarifreform mit einem Gesamtvolumen von 2,2 Milliarden Euro geeinigt. Wirksam soll die Reform in jedem Fall mit 1. Jänner 2009 sein. Sollte bis Jahresende kein Beschluss zustande kommen, könnte die Steuerreform theoretisch auch im Frühjahr rückwirkend beschlossen werden. Das volle Entlastungsvolumen wird jedenfalls 2009 schlagend werden
- ▶ **Entlastung für Familien:** Zusätzlich 500 Millionen Euro sollen den Familien zugute kommen. Durch Steuermaßnahmen wie Absetz- und Freibeträge, die ebenfalls (rückwirkend) mit 1. Jänner wirksam sein sollen, und durch Direktzahlungen, die im Laufe des Jahres 2009 schlagend werden.
- ▶ **Infrastrukturmaßnahmen:** Von den insgesamt 1,9 Milliarden Euro des Konjunkturpaketes entfallen 850 Millionen auf Bauprojekte der Bundesimmobiliengesellschaft, die auf 2009 vor-

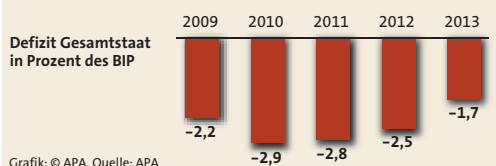
schon 2009

gezogen werden sollen. Davon sind 40 Mio. Euro budgetwirksam. Das sind vor allem bauliche Projekte, die Schulen und Universitäten betreffen.

- **Investitionsanreize:** Zweiter großer Brocken beim Konjunkturpaket sind Investitionsanreize für Unternehmen. Durch eine vorzeitig Abschreibung im Ausmaß von 570 Mio. Euro (befristet auf 2 Jahre) in den Jahren 2009/2010 sollen Betriebe dazu animiert werden, vermehrt Geld in die Hand zu nehmen.
- **Thermische Sanierung:** 100 Millionen Euro fließen im kommenden Jahr in die thermische Sanierung von Gebäuden.
- **Mehr Geld für Forschung:** Für die Jahre 2009 und 2010 werden zusätzliche Mittel für die Forschung jeweils im Ausmaß von 50 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
- **Beschäftigung ankurbeln:** Für regionale Beschäftigungsprogramme werden für 2009/2010 jeweils zusätzlich 75 Mio. Euro an Bundesmitteln bereit gestellt.
- **Kindergartenjahr:** Mit dem verpflichtenden, kostenlosen Kindergartenjahr wird eine langjährige Forderung der SPÖ umgesetzt. Kosten: 70 Mio. Euro jeweils für 2009/2010.

Koalitionsverhandlungen: Der Finanzrahmen

Vorgezogene Steuerreform 2009	2,7 Mrd.
■ Senkung Lohn- und Einkommenssteuer	2,2 Mrd.
■ Entlastung für Familien	500 Mio.
Konjunkturpaket 2009/10	1,9 Mrd.
■ Vorziehen von BIG-Bauprojekten 2009-10	850 Mio.
■ Investitionsanreize für Unternehmen 2009-10 (als degressive Abschreibung)	570 Mio.
■ Thermische Sanierung (nur 2009)	100 Mio.
■ Zusätzliche Mittel für Forschung	50 Mio./Jahr
■ Regionale Beschäftigungsprogramme	75 Mio./Jahr
■ Verpflichtendes kostenloses Kindergartenjahr	70 Mio./Jahr



Um fast drei Milliarden Euro soll die Bevölkerung entlastet werden. Damit soll vor allem die Kaufkraft der Menschen erhöht werden.

„Kaufkraft erhöhen, Mittelstand entlasten“

„Wir verfolgen mit der Steuerreform zwei Ziele. Einerseits soll die Kaufkraft erhöht, andererseits die Mittelschicht entlastet werden“, skizzierte SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann die zentralen Anliegen. Für die untersten Einkommenschichten wurden bereits die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gestrichen. „Von der Tarifsenkung profitieren alle Steuerzahler, vor allem aber Einkommen zwischen 2000 und 4000 Euro brutto. Für die sogenannte Mittelschicht ist eine Entlastung zwischen 300 und 500 Euro pro Jahr geplant“, so Faymann in einem „Kurier“-Interview. Diese Entlastung wird allein durch die Tarifreform zustande kommen. Zudem hat es heuer erstmals die 13. Familienbeihilfe gegeben. Und außerdem werden wird den Familien jetzt mit 500 Millionen Euro zusätzlich geholfen

Lob von Wirtschaftsforschern

Grundsätzlich positiv bewerten die Chefs der beiden großen Wirtschaftsforschungsinstitute die Einigung von SPÖ und ÖVP auf eine Vorverlegung der Steuerreform. IHS-Chef Bernhard Felderer wertet den Kompromiss als „Erfolg für beide Seiten“ der Verhandler. „Kühle Überlegung hat in der schwierigen Situation, in der wir uns befinden, obsiegt“, so Felderer. Das für 2009 angepeilte Defizit von 2,2 Prozent sei eine „sehr gute Sache“, es bewege sich in einem Rahmen, der vertretbar sei. Erfreut zeigt sich der Experte auch über das Konjunkturpaket. Die 2,2 Milliarden Euro für die Lohnsteuerreform sind für Felderer allerdings die untere Grenze, er hätte sich drei Mrd. Euro gewünscht.

Auch Wifo-Chef Karl Aiginger ist für ein Vorziehen der Steuerreform. Aiginger drängt aber auch auf weitere Schritte. Er wünscht sich zusätzlich noch Anreize für mehr Forschung und Entwicklung, die Senkung der Lohnnebenkosten und Anreize zum Energiesparen. „Aus

konjunktureller Hinsicht begrüßen wir natürlich, dass im Jahr 2009 sehr viel geschieht“, betont Aiginger mit Blick auf Lohnsteuersenkung und Konjunkturpakete. Das biete einen „Sicherheitsschirm“ gegen die internationale Krise. ♦

Bildbox



Die Arbeitnehmer werden schon 2009 nach einer Tarifreform um 2,2 Mrd. Euro weniger Steuer zahlen.

PRESESTIMMEN

„Unverständlich, dass ÖVP auf Steuerreform erst 2010 beharrt hat“

„Im Februar war fast die Koalition gescheitert, weil die SPÖ die Steuerentlastung auf 2009 vorverlegen wollte. Auch nach den Wahlen im Oktober stand das Problem unlösbar zwischen den Regierungsparteien. Die ÖVP beharrte aus zeitlichen und finanziellen Gründen auf 2010. (...) Um wie viel besser stünde Österreich da, hätten sich die Koalitionsparteien bereits zu Jahresbeginn, als der Finanzmarkt bereits vernehmlich krachte, auf konkrete Gegenmaßnahmen geeinigt?“

Andreas Koller, „Salzburger Nachrichten“, 7. 11.

„Späte Gerechtigkeit für Noch-Kanzler Gusenbauer“

„Warum haben wir gleich noch einmal gewählt? (...) Molterer verhandelt derzeit über die Steuerreform und die Budgets der nächsten Jahre. Sein Finanzministerium rechnet aus, wie sich das alles ausgeben soll. Es wäre nett, wenn die ÖVP für derartige Nuancierungen von Jobprofilen in Zukunft nur ihren Parteitag bemühen würde und nicht das Volk.“

Eva Weissenberger, „Kleine Zeitung“, 7. 11.

BUNDESLÄNDER-TOUR

„Etwas für das Land erreichen“

Vollen Zuspruch erhielt Werner Faymann bei seinem Bundesländertag im Burgenland.



Fotos: Zimmer

Werner Faymann, Landespräsident Hans Niessl, Landesrätin Verena Dunst und Klubobmann Christian Illedits lauschen den Klängen der Musikkapelle.

SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann setzt seine regelmäßigen Besuche in den Bundesländern auch nach der Wahl fort. Am Dienstag war er in Eisenstadt am traditionellen Martini-Kirtag. In den Gesprächen mit den Besuchern standen zwei Themen im Mittelpunkt: die aktuellen Probleme der Post und die Regierungsverhandlungen.

Einen Nachmittag lang nahm sich Werner Faymann, gemeinsam mit Burgenlands Landespräsident Hans Niessl und dessen „Team Burgenland“, Zeit um durch den Kirtag auf der Eisenstädter Hauptstraße zu schlendern. Maroni, Punsch und burgenländische Weine wurden an den Ständen kredenzt und eine Musikkapelle sorgte für den musikalischen Rahmen. Viele Burgenländer hatten sich an ihrem Landesfeiertag in Eisenstadt eingefunden und freuten sich über den Besuch des Ministers und Parteivorsitzenden. „Ich bin stolz auf die neue Politik“, sicherte ein Besucher dem SPÖ-Vorsitzenden seine Unterstützung zu. Polaroids und Autogramme waren bei Alt und Jung sehr begehrt, und Werner Fay-



Auch die jüngsten Besucher des Kirtages wollten ein Foto mit Werner Faymann.



Faymann inmitten der Besucher des Martini-Kirtages.

mann nahm sich viel Zeit, um den Menschen zuzuhören.

Vor allem die Post-Problematik erregt derzeit die Gemüter. Faymann erklärte, dass er „als Notbremse“ eine Verordnung in Begutachtung gegeben habe, die vorsieht, dass bis Mitte 2009 keine Post-Filiale geschlossen werden dürfe (siehe Bericht auf Seite 3). In dieser Zeit könne das hochbezahlte Management ein „richtiges Zukunftskonzept“ vorlegen, ansonsten sei es „eine gute Investition“, diese Manager abzubestellen, „da muss ihnen mehr einfallen als zusperrern“, so Faymann. Für diese Haltung erhielt der

SPÖ-Vorsitzende viel Zuspruch.

Gute Zukunft

Auch die Regierungsverhandlungen bewegen die Menschen. So sagte ein Besucher: „Setzen Sie durch, was Sie gesagt haben. Machen Sie eine gescheite Regierung, denn nur so können wir in eine gute Zukunft gehen.“ Der Parteivorsitzende betonte in den Gesprächen, dass sich beide Parteien in den Verhandlungen bemühen und: „Es wird am Ende nicht einen Sieger geben, sondern es wird für das Land etwas erreicht.“

Dabei dankte Faymann auch Landespräsident Niessl für dessen Unterstützung in den Verhandlungen. Und auch Niessl fand klare Worte für Faymann: „Danke, dass du da bist und unsere Anliegen auch nach der Wahl gerne hörst.“ Kurz vor seiner Abreise in Richtung Wien wurde Faymann von einem Mann noch folgendermaßen verabschiedet: „Auf Wiedersehen, Herr Minister. Das nächste Mal möchte ich Bundeskanzler zu Ihnen sagen können.“ ♦

FINANZKRISE

Neue Regeln für globale Finanzmärkte

Beim Weltfinanzgipfel am Samstag soll ein Fahrplan zu einem Reglement für das globale Finanzsystem erarbeitet werden. Die EU geht mit einem eigenen Forderungskatalog in dieses Treffen.



Beim Weltfinanzgipfel verhandeln die Regierungschefs der G20-Staaten gemeinsam mit den Zentralbankern (im Bild: die Europäische Zentralbank in Frankfurt) über eine Neuordnung des globalen Finanzsystems.

Nachdem sich die US-Bankenkrise zur globalen Finanzkrise ausgewachsen hat, mit dramatischen Folgen für die Weltwirtschaft, wird nun mit Hochdruck an weltweit gültigen Regeln für das Finanzsystem gearbeitet, um ähnliche Einbrüche in Zukunft zu verhindern. Im Vorfeld des Weltfinanzgipfels, der am Samstag in der US-Hauptstadt Washington stattfindet, haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem letztwöchigen Sondergipfel in Brüssel auf eine gemeinsame Position verständigt. Fünf Leitlinien für eine bessere Kontrolle und Regulierung der globalen Finanzmärkte sollen aus EU-Sicht in Washington vereinbart und binnen 100 Tagen auf den Weg gebracht werden.

Fotolia

1. Stärkung des IWF: Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll mehr Verantwortung bei der Überwachung der Finanzmärkte bekommen und federführend Maßnahmen entwickeln und vorschlagen, um das Vertrauen in die Wirtschaft zurückzugewinnen. Außerdem soll der IWF nach dem Willen der EU mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um Ländern mit Zahlungsschwierigkeiten kurzfristig helfen zu können.

2. Regeln für Ratingagenturen: Ratingagenturen, von deren Urteil die Kreditwürdigkeit von Unternehmen und Banken abhängt, sollen künftig stärker überwacht und nach einheitlichen Verhaltensregeln arbeiten.

3. Überarbeitung der Bilanzierungsstandards: Die Bilanzierungsregeln sollen weltweit an einheitlichen Standards ausgerichtet werden. Dabei soll das bisher übliche „Fair Value“-Prinzip für Finanzinsti-

tute überprüft werden. Nach dieser Regel müssen Wertpapiere stets nach ihrem aktuellen Marktpreis bilanziert werden. In der aktuellen Finanzkrise belasten daher erhebliche Wertberichtigungen die Bilanzen.

4. Aufsicht für alle Finanzsegmente: Künftig soll kein Finanzsegment und keine Finanzinstitution unkontrolliert sein, wie etwa bisher Hedgefonds.

5. Verhaltensregeln für Bankmanager: Für Bankmanager sollen internationale Verhaltensregeln aufgestellt werden, um zu riskante Transaktionen zu verhindern. Auch die Vergütungssysteme sollen daraufhin überprüft werden.

„Das Allerwichtigste ist, dass es eine gemeinsame europäische Stimme gibt“,

betonte Österreichs Bundeskanzler Alfred Gusenbauer beim EU-Sondergipfel; es müsse sichergestellt werden, dass Exzesse der Finanzmärkte eingeschränkt werden und „Finanzmärkte wieder dem dienen, wozu sie da sind, nämlich Dienstleister für die reale Wirtschaft zu sein“.

Entscheidung in 100 Tagen

Beim zum Weltfinanzgipfel aufgewerteten Treffen der G20-Staaten – zu dieser Gruppe zählen neben den sieben wichtigsten Industriestaaten und Russland auch aufstrebende Länder wie China, Brasilien oder Indien, die EU ist durch ihr Vorsitz führendes Land und den Präsidenten der Europäischen Zentralbank vertreten – werden indessen keine Beschlüsse erwartet. Denn die USA sind noch durch den scheidenden Präsidenten George Bush vertreten; sein Nachfolger im Weißen Haus, Barack Obama, wird am 20. Jänner die Amtsgeschäfte übernehmen. Wenige Wochen nach der Amtsübergabe soll dann der zweite Weltfinanzgipfel stattfinden. Erst bei dem rechnet Bundeskanzler Gusenbauer mit einem Durchbruch bei der Reform der weltweiten Finanzsysteme. ♦

ZUM THEMA

Globales Wachstum unter drei Prozent

Die Finanzkrise zwingt die Weltkonjunktur nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) 2009 in die Rezession. Kommendes Jahr werde das globale Wachstum nur noch 2,2 Prozent betragen, hieß es im aktualisierten Weltwirtschaftsausblick des IWF, der am Donnerstag vorgestellt wurde. Der Fonds spricht bei einem weltweiten Wachstum von unter drei Prozent von Rezession. Alle Industriestaaten werden zusammengekommen 2009 um 0,3 Prozent schrumpfen – das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg. Das Ausmaß des Abschwungs sei mit der Konjunkturentwicklung zwischen 1975 und 1982 zu vergleichen. Mit einer Erholung sei erst Ende 2009 zu rechnen, schätzt der IWF.

JAHRESTAG

Die Geburtsstun

90 Jahre nach Gründung der Republik in Österreich wird die Bedeutung der damaligen Ereignisse für die österreichische, ja die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt wieder ins Zentrum gerückt.



12. November 1918: Vor dem Parlament wird die Republik ausgerufen.

VGA

Rundherum war die Stadt in Aufruhr und eine Welt im Umbruch – im Inneren des Parlamentsgebäudes an der Wiener Ringstraße ging es noch feierlich-ruhig zu: Um 15.10 Uhr eröffnete Parlamentspräsident Franz Dinghofer die Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung. Beschlossen wurde an diesem 12. November einstimmig das „Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich“, in dem der Staat als „demokratische Republik“ und als „Bestandteil der Deutschen Republik“ definiert wurde. Nach der Rede von Staatskanzler Karl Renner eröffnete Dinghofer um 16 Uhr den Festakt auf der Parlamentsrampe, an diesem nebelig-feuchten Novembertag. Dort sollte die Staatsfahne gehisst werden – allerdings rissen Rotgardisten, die eine sozialistische Räterepublik erreichen wollten, den weißen Mittelstreifen heraus und es wurde eine rein rote Fahne hochgezogen. Die Politiker hielten freilich am Ablauf der Feier fest: Staatskanzler Renner verlas den Beschluss der Nationalversammlung und den Aufruf an das Volk. Danach gingen die Abgeordneten wieder ins Parlamentsgebäude und nahmen die Sitzung wieder auf. Dabei kam es zu Tumulten: Kommu-

ZUM THEMA

„Verbotsgesetz muss bleiben“

Auch an die November-Pogrome 1938 wurde dieser Tage im Gedenkjahr 2008 erinnert. In der Nacht von 9. auf 10. November begannen vom NS-Regime gesteuerte Ausschreitungen gegen Juden, ihre Geschäfte und religiöse Einrichtungen – heute oft noch mit dem Nazi-Begriff „Reichskristallnacht“ (verharmlosend für die eingeschlagenen Fensterscheiben) bezeichnet. Viele Historiker sehen in den November-Pogromen den Beginn des Holocaust,

der gezielten Vernichtung fast der gesamten jüdischen Bevölkerung – der freilich schon zuvor mit den „Nürnberger Rassegesetzen“ eingeleitet wurde. In Österreich, wo die Gewaltextzesse der Pogromnacht besonders schlimm ausfielen, wurden in dieser Nacht 30 Juden getötet, 7.800 verhaftet und 4.000 sofort nach Dachau deportiert. Unzählige Geschäfte wurden verwüstet, allein in Wien 42 Synagogen in Brand gesteckt und in ganz Österreich in vielen

Städten die Tempel zerstört. Die Gedenkveranstaltung im Parlament zum 70. Jahrestag nahm Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zum Anlass, das Verbotsgesetz außer Frage zu stellen.

Dieses Gesetz sei „mehr denn je“ eine Reaktion auf die Rolle Österreichs in der NS-Zeit und habe als klares Nein zu Verharmlosung hohen symbolischen Wert – „daran soll und darf in Österreich nicht gerüttelt werden“.

de der Republik



Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und der Wiener Bürgermeister Häupl bei der Kranzniederlegung beim Denkmal der Republik.

nisten versuchten, gewaltsam ins Parlament einzudringen, es kam zu einem Schusswechsel, Verletzte und zwei Tote waren zu beklagen. Trotzdem – die Gründung der Republik und das Ende von 645 Jahren Habsburgermonarchie waren verhältnismäßig unblutig – im Gegensatz zum vorhergegangenen Weltkrieg, den die Habsburger mit angezündet hatten und der allein in der Doppelmonarchie 1,5 Millionen Todesopfer gefordert hatte – insgesamt 8,5 Millionen.

„Der Rest ist Österreich“

Nicht zuletzt deshalb hatte die Monarchie fast alle ihre Anhänger verloren. Deutschösterreich, das politisch und wirtschaftlich fast niemand für allein überlebensfähig hielt, war der letzte Nachfolgestaat, der sich auf den Trümmern der Monarchie gebildet hatte. Nach dem Friedensvertrag von Saint-Germain, der den Anschluss an Deutschland verbot, kamen noch deutschsprachige Gebiete zu den anderen Nachfolgestaaten: „Der Rest ist Österreich“, so der angebliche Ausspruch vom französischen Ministerpräsidenten Clemenceau. Dieses Gefühl, ein Überbleibsel ohne eigene nationalstaatliche Identität zu sein, war ein vorherrschendes in der Ersten Republik. Wie auch die zunehmend anti-demokratischen Tendenzen der Christlich-Sozialen, die schließlich in das autoritär-faschistische Dollfuß-Regime mündeten und zu Verbot und Verfolgung der Sozialdemokratie führten. Da-

mit waren auch praktisch die wesentlichen demokratischen Widerstandskräfte gegen den Nationalsozialismus geschwächt. Vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise, einer ohnehin schon autoritär geprägten politischen Stimmung und der fehlenden staatlichen Identität

BUCHTIPP

Die ersten Jahre der Ersten Republik

In diesem zweibändigen Werk präsentieren die Herausgeber Helmut Konrad und Wolfgang Maderthaler gemeinsam mit über dreißig namhaften Autoren aus verschiedenen Ländern und wissenschaftlichen Disziplinen eine der umfangreichsten Darstellungen der Ersten Republik und ihrer Anfangsjahre.



H. Konrad, W. Maderthaler (Hg.)
Das Werden der Ersten Republik.
 ... **der Rest ist Österreich.** 2 Bände.
 CGS-Verlag, Wien 2008, 70 Euro.

des „Staates, den keiner wollte“, war es für Hitler und sein Regime ein leichtes, Österreich im März 1938 ohne nennenswerten Widerstand einzunehmen. ♦

Hinweis: Die „Republik-Ausstellung 1918/1919“ im Parlament ist am Mittwoch eröffnet worden. Auf rund 1.000 Quadratmeter wird dabei die jüngere Geschichte Österreichs beginnend mit der Republikgründung nacherzählt (s. Termine S. 15)

ZITIERT

„Reflexionspunkt 1918“

Bundespräsident Heinz Fischer wünschte in seiner Ansprache der Republik eine „friedliche Zukunft“ und mahnte zu raschen Handlungen, um die Wirtschaft zu stabilisieren, sonst drohe „ein verstärkter Nationalismus und die Flucht in verschiedene Radikalismen“.

„Gerade die junge Republik hatte 1918 mit großen sozialen Spannungen zu kämpfen und rang um ihr wirtschaftliches Überleben. Für manche drängen sich heute Parallelen zur Vergangenheit auf, als das junge Österreich von der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre eingeholt wurde. (...) Diese Probleme zeigen uns aber auch, was in einer global vernetzten Finanzwelt unabdingbar und notwendig ist: Verantwortlichkeit, Pflichtgefühl und soziales Gewissen.“

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer,
 beim Sonderministerrat anlässlich 90 Jahre
 Republik Österreich

„Die Relevanz der Ereignisse dieser Zeitenwende wird heute oft unterschätzt“, schreibt Gusenbauer in einem kürzlich erschienenen Gastkommentar für „profil“. Er sieht 1918 als „neuen gemeinsamen Reflexionspunkt im Sinne transnationaler Erfahrungen“: „Vor dem Hintergrund der europäischen Integration werden Fragen wie die Migration und die Integration im Habsburgerreich, aber auch der Nationalitätenkonflikt (...) höchst relevante Geschichtsthemen. Auch die nachfolgenden sozioökonomischen Krisen und deren Ursachen, die jüngst im Zusammenhang mit der globalen Bank- und Finanzmarktkrise in Erinnerung gerufen wurden, werden in der Gegenwart wieder an Relevanz gewinnen. (...) Rücksichtslose Spekulanten bedienen sich fast derselben oder ähnlicher Methoden wie heute.“

FRAUEN

Gleichstellung per Budget

Ein neues Buch zeigt, was unter „Gender-Budgeting“, der geschlechtergerechten Budgeterstellung, zu verstehen ist.



Frauenministerin Heidrun Silhavy präsentiert gemeinsam mit den Autorinnen das Buch.

Ab 1.1.2009 ist es fix: Bund, Länder und Gemeinden sollen bei der Budgeterstellung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anstreben. Mit dieser Neuregelung in der österreichischen Bundesverfassung muss nun bei den Ein- und Ausgaben darauf geachtet werden, dass die

Interessen von Männern und Frauen gleichermaßen berücksichtigt werden. Aber was bedeutet das? Das simple Abzählen all jener, die eine bestimmte Einrichtung benutzen, kann für eine „geschlechtergerechte“ Budgetpolitik allein nicht zielführend sein.

Ein neues Buch von Iris Appiano-Kugler und Traude Kogoj „Going Gender and Diversity“ mit einer Aufsatzsammlung zu Themen wie Wirtschaft, Kultur und Bildung beleuchtet Konzepte, die die Vielfalt der Bevölkerung und ihrer Interessen in den Mittelpunkt stellen. Die Aufgaben einer kommunalen Verwaltung sind vielfältig: Wasserversorgung, Straßenbau und öffentlicher Verkehr, öffentliche Beleuchtung, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Rettung und Feuerwehr, soziale Infrastruktur mit Kindergärten und Schulen,

Gesundheitsdiensten und Altenpflege bis hin zur Wirtschaftsförderung. In all diesen Bereichen sollen nun gleichstellungspolitische Ziele verwirklicht werden. Damit diese hehren Vorgaben nicht in der Realität im Sand verlaufen, müssen die Zielvorgaben klar und eindeutig formuliert sein. Den konkreten Weg muss jede Gemeinde, jeder Bezirk, jedes Land für sich selbst definieren. „Going Gender and Diversity“ ist ein Arbeitsbuch für alle jene, die mit sperrigen Begriffen wie Gender Budgeting und Gender Mainstreaming mehr anfangen wollen. ♦

**Appiano-Kugler, Kogoj (Hg.):
Going Gender and Diversity.
Facultas Verlag, Wien 2008, 181 S.,
24,90 € (Erhältlich u.a. in der
SPÖ-Buchhandlung)**

NOVOMATIC
GROUP OF COMPANIES

Ausgezeichnet mit dem



Heimat bist Du heller Köpfe.

Die Novomatic Group of Companies legt Wert auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Denn nur so kann unsere Unternehmensgruppe mit weltweit mehr als 12.000 Mitarbeitern auch weiterhin seine Stellung als eines der führenden Technologieunternehmen Österreichs behaupten. Unter den über 2.300 heimischen MitarbeiterInnen der Unternehmensgruppe Novomatic können sich daher begabte und helle Köpfe bei besten Arbeitsbedingungen und mit internationalen Aufstiegschancen weiterentwickeln. Die jüngste Verleihung des österreichischen Exportpreises 2008* in der Kategorie Handel unterstreicht erneut das Potential und die Leistungsfähigkeit des Unternehmens als Europas größter integrierter Glücksspielkonzern.

*1 verliehen vom Bundesministerium für Wirtschaft & Arbeit und der Wirtschaftskammer Österreich für außerordentliche Erfolge auf Auslandsmärkten

WWW.NOVOMATIC.COM

PARLAMENT

„Zu viele SchülerInnen bleiben auf der Strecke“

Der neue Abgeordnete Josef Auer aus Tirol über seinen Zugang zur Politik, Verbesserungen im Schulsystem und seine Ziele als Parlamentarier.



Josef Auer will sich für die Chancen der Jugend und gegen die Ausdünnung des ländlichen Raums einsetzen.

SPÖ Aktuell: Du warst viele Jahre Gastwirt. Welche deiner Erfahrungen sind da für deine Tätigkeit als Nationalratsabgeordneter besonders wichtig?

Josef Auer: Einerseits die vielen persönlichen Erfahrungen im Umgang und in Gesprächen mit Menschen aller Bevölkerungsschichten. Dadurch weiß ich, was die Menschen bewegt, habe gelernt zuzuhören und bestimmte Dinge für mich zu behalten. Dabei habe ich auch erfahren, wie intensiv sehr viele Menschen an sozialen Ungerechtigkeiten und Schwachstellen leiden. Andererseits habe ich gelernt harte Arbeit und Studium zu verbinden, bin daher sehr belastbar und habe auch wirtschaftliche Erfahrung gewonnen.

Als Lehrer bist du immer noch tätig, hast diesen Beruf auch studiert. Hast du bestimmte Vorstellungen und Ziele, unser Bildungssystem betreffend?

Josef Auer: Ich trete dafür ein, dass Kinder bis zum 14. Lebensjahr in einer gemeinsamen Schule mit starker individueller Förderung, ganztägig im Heimatort bzw. der näheren Umgebung unterrichtet werden (verschränkter Unterricht,

dh. Unterricht, Spiel, Musik, Sport, etc. wechseln sich in einem sinnvollen Rhythmus ab). Im derzeitigen Schulsystem bleiben viel zu viele Kinder bereits in der Volksschule auf der Strecke. In den weiterführenden Schulen kann dieses Manko nicht mehr aufgeholt werden.

Wer oder was hat dich eigentlich in die Politik gebracht?

Josef Auer: Für die GR-Wahl 1992 habe ich in meinem Heimatort eine parteifreie Liste gegründet, weil mir einige Entscheidungen gegen meinen „sozialen Strich“ gegangen sind. Ich möchte mit-helfen, dass Grundwerte wie Gerechtigkeit und Solidarität auch gelebt werden. Durch die gute Zusammenarbeit mit der SPÖ-Fraktion im Gemeinderat und Gemeindevorstand kam ich immer mehr zur SPÖ. Schließlich wurde ich SPÖ-Vize-Bürgermeister in Radfeld und wurde auch in den Tiroler Landtag gewählt.

Gibt es bestimmte Ziele, die du für deinen Bezirk erreichen möchtest?

Josef Auer: Ich werde mich vehement gegen eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes einsetzen. Weitere

Prime Marketing

wichtige Ziele sind: Eine HTL für unseren Wahlkreis, Verbesserungen im Zusammenhang mit der Verkehrssituation vor allem in der Inntalfurche, die Schaffung von ganzjährigen „Regio Cards“ damit sich unsere Bevölkerung neben den Touristen auch die Freizeiteinrichtungen leisten kann.

Welche Schwerpunkte wirst du in deiner zukünftigen parlamentarischen Arbeit setzen?

Josef Auer: Ich werde mich weiterhin für Demokratie und Bürgerrechte stark machen. In Tirol wird vom 12. 1. 2009 bis zum 18. 1. 2009 ein von mir und der BO Kufstein initiiertes Volksbegehren in allen Tiroler Gemeindeämtern zur Unterschrift aufliegen.

Bleibt dir neben der Politik eigentlich noch Zeit für Hobbys?

Josef Auer: Politik für die Menschen ist eines meiner Hobbys! Meine eher spärliche Freizeit verbringe ich am liebsten mit meiner Frau und unseren Söhnen (9 und 12 Jahre). Wir gehen gerne Schifahren und Schwimmen, oder wir wandern gemeinsam in den herrlichen Tiroler Bergen. Lesen und Laufen sind meine Mittel zum Stressabbau. 2007 und 2008 bin ich auch den Wien Marathon gelaufen. ♦

ZUR PERSON

Geboren: 24. 3. 1956, verheiratet, zwei Söhne

Schulischer und beruflicher Werdegang:

Volksschule, Gymnasium in Wörgl

1975–1982 Lehramtsstudium in Innsbruck

1982 Lehrer für Mathematik, Physik und Chemie in der Glasfachschule Kramsach

1986–2005 selbstständiger Gastwirt

Politischer Werdegang:

1992 Gemeinderat in Radfeld

1998–2004 Bürgermeister-Stellvertreter

2002–2008 Landtagsabgeordneter in Tirol

2002 SPÖ-Bezirksvorsitzender in Kufstein

Salzburg

Initiative gegen Jugend-Kriminalität

Mit gemeinnütziger Arbeit und Führerscheinentzug sollen straffällig gewordene junge Menschen wieder auf den richtigen Weg gebracht werden.



Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und der SPÖ-Sicherheitssprecher LAbg. Arno Kosmata

Laut Kriminalstatistik hat es 2007 in Salzburg mit 27 Prozent die höchste Steigerungsrate bei der Jugendkriminalität in ganz Österreich gegeben. Und viele Jugendliche beklagen selbst eine zunehmende Gewaltbereitschaft in ihrer Altersgruppe. „Es darf nicht sein, dass die Jugend zunehmend in Angst vor gewalttätigen Gleichaltrigen leben muss“, betont Salzburgs SPÖ-Vorsitzende Landeshauptfrau Gabi

ausgehende Gewalt eingedämmt werden. In Salzburg ist die Zahl der 14- bis 18-Jährigen Tatverdächtigen von 1.746 im Jahr 2006 auf 2.213 im Jahr 2007 gestiegen. Die Hälfte der Taten betrafen strafbare Handlungen gegen fremdes Vermögen, ein Drittel waren Gewaltdelikte, 80 Prozent der Verdächtigen waren männlich. Salzburgs Sozialdemokraten wollen nun, dass die Möglichkeit, Jugendstraftaten mit der Verpflichtung

Burgstaller. Es gilt daher, gesellschaftlich richtig zu handeln. Straffällige Jugendliche sollen nun gemeinnützige Arbeit leisten. Wer Schlägereien anzettelt, soll den Führerschein verlieren. Gewalttätige Jugendliche sollen mit den Eltern vorgeladen werden. Mit diesen drei Maßnahmen soll die von einzelnen Jugendlichen

zu gemeinnütziger Arbeit zu ahnden, vermehrt genutzt wird.

Schwitzen statt sitzen

„Mit der Verpflichtung zur Arbeit kann man bei Jugendlichen viel mehr erreichen als mit konventionellen Strafen“, meint SPÖ-Sicherheitssprecher Arno Kosmata. „Wenn die Jugendlichen Mist schaufeln oder ähnlich unbeliebte Dinge machen müssen, dann werden sie sich gut überlegen, ob sie noch mal zuschlagen, klauen oder ähnliche Straftaten begehen.“ Der Ansatz „Schwitzen statt sitzen“, bekannt vom gleichnamigen Modellprojekt des Justizministeriums, solle nicht nur für straffällige Erwachsene, sondern verstärkt für Jugendliche gelten, ergänzte Landeshauptfrau Gabi Burgstaller. „Es ist wichtig, in jenen Fällen, wo es möglich ist, weg von Freiheitsstrafen und Ersatzfreiheitsstrafen wie Geld hin zu gemeinnütziger Arbeit zu gehen. Der Lerneffekt ist sicher ein anderer, wenn an Stelle von Geldstrafen gemeinnützige Tätigkeiten verrichtet werden müssen“, sagt Burgstaller. ♦

Kärnten

SPÖ stellt Weichen für Landtagswahl



Kärntens Spitzenkandidat Reinhart Rohr

Die Weichen für die Landtagswahl 2009 sind gestellt. Landesgeschäftsführer Gerald Passegger präsentierte die einstimmig von Parteivorstand und Präsidium beschlossene KandidInnen-Liste. Sie widerspiegelt die große Ge- und Entschlossenheit innerhalb der Kärntner Sozialdemokratie. Spitzenkandidat Reinhart Rohr und sein Team sind bereit, die Verantwortung für das Land zu übernehmen und sich mit aller Kraft für

Arbeitsplätze, Ausbildung und ein leistbares Leben einzusetzen. „2009 werden die Karten neu gemischt“, stellte Passegger den Führungsanspruch und zeigte sich zuversichtlich, mit der SPÖ Nummer Eins in Kärnten zu werden und mit Reinhart Rohr den Landeshauptmann zu stellen. Die ersten sieben KandidatInnen auf der Liste für die Landtagswahl 2009: Reinhart Rohr, Peter Kaiser, Nicole Cernic, Herwig Seiser, Sieglinde Trannacher, Klaus Köchl und Ana Blatnik. ♦

Wien

Neue Herbstkampagne



Die Herbstkampagne der SPÖ Wien präsentierte der neue Landesparteiensekretär Christian Deutsch. „Die Wienerinnen und Wiener müssen wissen, dass sie sich auf die SPÖ als einzige soziale Kraft verlassen

können, dass wir ihre Anliegen ernst nehmen“, erklärt Deutsch. Die SPÖ in Wien sorgt dafür, dass alle Menschen, die Hilfe benötigen, diese auch erhalten. „Unsere politischen Mitbewerber versuchen seit Jahren, Wien schlechtzureden. Manche zielen sogar bewusst darauf ab, den Menschen Angst zu machen. Dagegen werden wir unsere Lösungskonzepte und das sozialdemokratische Politikverständnis deutlich machen.“ Deutsch kündigte auch Aktionstage in den Bezirken an. In eine „Rote Dialog-Box“ werden Interessierte Dialogkarten mit Anliegen und Ideen einwerfen können. ♦

Junge Generation

50 Jahre Junge Generation

Die Interessensvertretung der jungen Erwachsenen in der SPÖ ist 50 Jahre alt – das wurde gebührend gefeiert.



Scheiblmaier

Viele GratulantInnen fanden sich ein, um den 50er der JG zu feiern: Die neue JG-Vorsitzende Tina Tauß und der scheidende Vorsitzende, Alexander Prischl, mit Laura Rudas, Maria Berger, Charly Blecha und Michael Häupl.

Seit nunmehr einem halben Jahrhundert kümmert sich die Junge Generation in der SPÖ, kurz JG, um die Anliegen der 18- bis 38-Jährigen. Dieses runde Jubiläum wurde entsprechend gewürdigt. Als GratulantInnen stellten sich zahlreiche ehemalige Bundes- und Landesvorsitzende der JG ein. So unter anderen Justizministerin Maria Berger, SPÖ-Familiensprecherin Andrea Kuntzl sowie Bürgermeister Michael Häupl und PVÖ-Präsident Karl Blecha. Unisono wurde die zentrale Rolle der JG als Institution zum Erlernen des politischen Handwerks unterstrichen: Blecha zeigte sich erfreut, „so viele WegbegleiterInnen aus den besten Jahren wiederzusehen“, und Ministerin Berger betonte, dass viele der damaligen JG-Forderungen heute umgesetzt und politische Selbstverständlichkeiten sind. Die geschäftsführende JG-Bundesvorsitzende Tina Tauß – sie wurde am nächsten Tag zur JG-Bundesvorsitzenden gewählt – bekräftigte, dass die JG „nach wie vor der Ort ist, wo Ideen und Chancen verwirklicht werden können“. Der scheidende JG-Bundesvorsitzende Alexander Prischl erklärte,

dass die JG immer für die Jungen eintreten wird. Aktuell macht man sich etwa für leistbares Wohnen für junge Menschen stark. Für Bürgermeister Häupl hat die SPÖ die „Verpflichtung, zusammen mit den Jungen Lösungen für ganz reale Probleme anzubieten. Hier ist die SPÖ federführend“. Und er warnte vor „Volksverhetzern“, die „zu Leuten hochstilisiert werden, die Lösungen anbieten können“. Tauß ortete künftige Aufgaben im Bereich der Gleichberechtigung – und das sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen MigrantInnen und ÖsterreicherInnen.

Ministerin Berger, die damals die erste weibliche JG-Bundesvorsitzende war, verwies darauf, dass in der Jungen Generation viele wichtige Grundlagen entwickelt wurden – etwa zur Rechts- oder Frauenpolitik. Bergers Resümee: „Wir haben viele neue politische Wege erarbeitet.“ Auch wurde beim 50-Jahres-Jubiläum die Gründung des „JG-Fördervereins“ bekannt gegeben. Dadurch soll der generationsübergreifende Austausch und die Vernetzung gefördert werden.

Tina Tauß neue JG-Vorsitzende

Auf der Bundeskonferenz der Jungen Generation in der SPÖ (JG) wurde die g.f. JG-Vorsitzende Tina Tauß mit 97,25 Prozent der Delegiertenstimmen zur neuen JG-Vorsitzenden gewählt. „Wir haben begonnen, unsere Zukunft zu verwirklichen“, erklärte die neu gewählte Vorsitzende. Gemeinsam mit den JungpolitikerInnen aus ganz Österreich beschreite man nun einen neuen Weg „mit dem Ziel eine Politik der Chancen zu verwirklichen“, freut sich Tina Tauß über die Aufbruchstimmung bei der Bundeskonferenz der JG.

Der scheidende JG-Bundesvorsitzende Alexander Prischl wünschte dem neuen Team Kraft und Motivation für die zukünftige Arbeit in der SPÖ.

Tina Tauß ist bereits seit vielen Jahren unter anderem als stellvertretende Landesvorsitzende der JG Oberösterreich, im Bundesvorstand der JG und als langjährige Chefredakteurin des JG-Magazins „redaktiv“ engagiert.

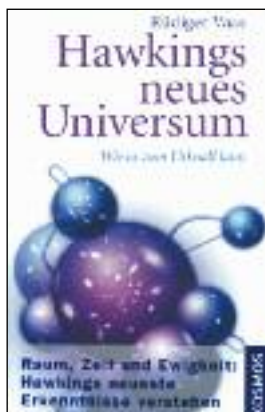
Unterschrift:

Adresse:

Name:

☐ Stk.

Karlsson/Kerry/Walzer:
„...lebte in der Josefstadt“.
 Milena Verlag,
 Wien 2008,
 196 S., 17,90 Euro

☐ Stk.

Rüdiger Vaas:
Hawking's neues Universum.
 Kosmos Verlag,
 Stuttgart 2008,
 335 S., 18,50 Euro

☐ Stk.

Carlos Ruiz Zafón:
Das Spiel des Engels.
 Verlag S. Fischer,
 Frankfurt a. M. 2008,
 710 S., 25,70 Euro

Zeitgeschichte

... lebte in der Josefstadt

Der Band begleitet die Aktion zur Errichtung von Steinen der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes in der Josefstadt.

Am 9. November 2008 wurden vom Verein „Steine der Erinnerung Josefstadt“ an 20 Stellen Orte der Erinnerung an zwischen 1938–1945 in der Josefstadt verfolgten und vertriebenen Menschen enthüllt. Neben den eingerichteten Stationen der Erinnerung wird vor allem der Hintergrund der Verfolgung im vorliegenden Band „...lebte in der Josefstadt“ eingehend beleuchtet und verständlich gemacht. Das Buch bietet ein breites Spektrum an Themen zur rassistisch und poli-

tisch motivierten Verfolgung und Vertreibung von Menschen. Es wird einerseits von den Stationen und den Personen, an die erinnert wird, ausgegangen, daran knüpfend werden aber auch allgemeine Phänomene, wie zum Beispiel die Delogierung aus den Gemeindebauten, Arierungen und mangelnde Restitution oder auch politische Hinrichtungen im Landesgericht, aufgegriffen. Gleichzeitig soll die Publikation auch als Begleittext zu den einzelnen Stationen dienen. ♦

Sachbuch

Hawking's neues Universum

Urknall, Raum, Zeit und Ewigkeit: Dieses Buch hilft, Hawking's neueste Erkenntnisse über das Universum zu verstehen.

Wissenschaftsjournalist Rüdiger Vaas verfolgt die Forschungen von Stephen Hawking seit Jahren, hat ihn mehrfach getroffen und berichtet spannend und vor allem allgemeinverständlich von den neuesten Theorien und Fragestellungen des wohl berühmtesten Kosmologen: Wie ist das Universum entstanden? Wer oder was hat das als „Urknall“ beschriebene Mysterium vor rund 14 Milliarden Jahren ausgelöst? Die Entstehung der Welt kurz nach dem „Big Bang“ ist bereits gründlich er-

forscht worden – jetzt aber wollen Hawking & Co. auch diese letzte Grenze der menschlichen Erkenntnis sprengen. Haben Raum, Zeit, Materie und Energie einen Anfang oder sind sie ewig? Was bedeutet die „Singularität“? Der berühmteste Wissenschaftler unserer Zeit geht der Frage nach, wie es zum Urknall kam, warum das Weltall so beschaffen ist, wie wir es heute beobachten, und ob noch weitere Universen und verborgene Dimensionen existieren. ♦

Roman

Das Spiel des Engels

Der neue Roman von Carlos Ruiz Zafón, dem Autor des Weltbestsellers „Der Schatten des Windes“.

Wir schreiben das turbulente Jahrzehnt vor dem Bürgerkrieg, als alles aus den Fugen gerät. Die Bevölkerung Barcelonas explodiert, die Stadt expandiert, Gaudí erschafft seine Kathedrale, Banden kontrollieren ganze Stadtviertel und die Anarchisten zünden ihre Bomben. Der junge David Martín fristet sein Leben als Autor von Schauergeschichten. Als ernsthafter Schriftsteller verkannt, von einer tödlichen Krankheit bedroht und um die Liebe seines Lebens betrogen, scheinen

seine großen Erwartungen sich in nichts aufzulösen.

Doch einer glaubt an sein Talent: Der mysteriöse Verleger Andreas Corelli macht ihm ein Angebot, das Verheißung und Versuchung zugleich ist. David kann nicht widerstehen und ahnt nicht, in wessen Bann er gerät. Mit unwiderstehlicher erzählerischer Kraft lockt Zafón mitten hinein in einen Kosmos voller Spannung und Phantastik, Freundschaft und Liebe, Schrecken und Intrige. ♦

TERMINKALENDER

Mittwoch, 19. November

Buchpräsentation: Das Kreisky-Prinzip

Der Czernin Verlag und das Bruno Kreisky Forum präsentieren das Buch „Das Kreisky-Prinzip. Der Mensch im Mittelpunkt“ von Wolfgang Petritsch (Österreichs Botschafter bei der OECD in Paris) und Margaretha Kopeinig (Leiterin des Europa-Ressorts der Tageszeitung „Kurier“). Das Buch beschreibt die politischen Voraussetzungen von Kreiskys aktiver Vollbeschäftigungspolitik und wirft die Frage auf, wie heute adäquat auf die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Drohszenarien reagiert werden kann. Ausgehend von Kreiskys lebenslanger Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeit und seinem Programm „Der Mensch ist das Wichtigste“ erörtern die Autoren, wo man heute einen vergleichbaren Anspruch formuliert findet. Vorgestellt wird das Buch in Anwesenheit der Autoren und nach einer Begrüßung durch Kontrollbank-Vorstand Rudolf Scholten vom ehemaligen Finanzminister Ferdinand Lacina.

Um Anmeldung unter:

Tel. 01-318 82 60 20 oder E-Mail

einladung.kreiskyforum@kreisky.org wird gebeten.

Beginn: 18 Uhr

Österreichische Kontrollbank

Reitersaal

Strauchgasse 3, 1010 Wien

Donnerstag, 20. November

Aufarbeitung europäischer Vergangenheit(en)

In der von Ruth Wodak kuratierten Diskussionsreihe des Kreisky Forums, 2008 – Europas historisches Bewusstsein, wird in einer Podiumsdiskussion ein internationaler Vergleich versucht, wie verschiedene Staaten ihre spezifische Vergangenheit aufarbeiten/bewältigen. Nach einleitenden Bemerkungen von Ruth Wodak (Diskurstheoretikerin, Universität Lancaster) berichten folgende Autoren bzw. Wissenschaftler über ihre Länder: die kroatische Autorin und Publizistin Slavenka Drakulic, die russisch-amerikanische Politikwissenschaftlerin Nina Khrushcheva, der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland Avi Primor, der norwegische Autor und Übersetzer Jan Erik Vold und die österreichische Autorin, Historikerin und Filmemacherin Helene Maimann. Die

Diskussion findet auf Englisch statt.

Um Anmeldung unter:

Tel. 01-318 82 60 20 oder E-Mail

einladung.kreiskyforum@kreisky.org wird gebeten.

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

Armbrustergasse 15, 1190 Wien

Donnerstag, 4. Dezember

JungwählerInnen 08: Motive, Milieus und Meinungen

Die Nationalratswahl 08, erstmals mit Wahlen mit 16, ist geschlagen. Die Ergebnisse sind gerade in Bezug auf die WählerInnengruppe unter 30 ernüchternd: Mehr als ein Drittel hat die FPÖ oder das BZÖ gewählt. Verkürzende Schlagzeilen wie „Die Jugend wählt rechts“ flankieren diese Ergebnisse.

So gilt es viele Fragen zu klären: Welche Wahlmotive bewegten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen? Jugendliche in welchen Lebenszusammenhängen haben die SPÖ gewählt und welche nicht? Welche Meinungen vertreten Jugendliche zu Parteien und Politik? Diese Fragen erörtert in einer Diskussionsveranstaltung des Renner-Instituts die „Arbeitsplattform Update Politics: Impulsgespräche für politische Führungskräfte“. Programm: Begrüßung durch Barbara Rosenberg (stv. Direktorin des Renner-Instituts), Vortrag von Eva Zeglovits (Leiterin Forschungsbereich Wahlen & Politik, SORA-Institut), Kommentare von Jörg Flecker (Wissenschaftlicher Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt FORBA) und Jürgen Wutzlholfer (Landtagsabgeordneter und Gemeinderat, Jugendsprecher der SPÖ Wien); Moderation: Michael Rosecker (Renner-Institut, Abteilung Politisches Management und Grundlagenarbeit). Um Anmeldung unter Tel. 01-804 65 01-0 oder E-Mail post@renner-institut.at wird gebeten.

Beginn: 19 Uhr

Renner-Institut

Bruno-Kreisky-Saal

Eingang Gartenhotel Altmanndorf

Hoffingergasse 26, 1120 Wien

12. November bis 11. April

Ausstellung: 90 Jahre Republik

Am 12. November wurde aus Anlass des 90. Jahrestags der Gründung der Republik eine große Ausstellung im Parlament eröffnet.

Unter dem Titel „Republik. Ausstellung 1918/2008“ wollen die Konzeptoren der Ausstellung, die Historiker Stefan Karner und Lorenz Mikoletzky, interessierten Besucherinnen und Besuchern Zeitgeschichte in verschiedensten Facetten nahe bringen. Von den historischen Wurzeln der Republik bis zur EU-Integration soll die Entwicklung Österreichs – mit allen wesentlichen Kontinuitäten und Brüchen – umfassend beleuchtet werden. Dabei stehen nicht nur einschneidende historische Ereignisse, etwa die Ausschaltung des Nationalrats 1933, die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1938 und die Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 im Fokus, auch auf Themen wie Wirtschaft und Technik, Bildung, sozialer Zusammenhalt, die Stellung der Frau in der Gesellschaft und das alltägliche Leben wird die Ausstellung eingehen. Zugänglich sein wird die Ausstellung ausschließlich im Rahmen von Führungen. Für Gruppen ist dafür eine Anmeldung im Koordinationsbüro der Republikausstellung unter der Wiener Telefonnummer 01-51254 34 bzw. E-Mail info@republikausstellung.at erforderlich. Die Tickets selbst sind im Besucherzentrum des Parlaments erhältlich. Erwachsene zahlen 4 Euro, SchülerInnen, StudentInnen und SeniorInnen 2 Euro. Für Familien gibt es Ermäßigungen. In jeder Stunde gibt es zwei Führungstermine, jeweils 10 Minuten vor der vollen Stunde und 10 Minuten nach der vollen Stunde.

Zeitraum: 12. November bis 11. April

Mo-Fr 9 bis 19 Uhr, Sa 9 bis 17 Uhr

Parlament

Dr.-Karl-Renner-Ring, 1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefredakteurin: Susanna Enk

Chef v. Dienst: Mag. Walter Fleißner

Redaktion: Mag. Alexandra Hopf,

Sabine Leidinger, Peter Slawik,

Mag. Gerald Demmel, Mag. Ute Pichler,

Layout: Thomas Lehmann,

Coverfotos: Fotolia (2), Flickr

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka, Michaela

Moser, Tel: 01/534 27/275,

Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at

FOTO DER WOCHE



BKA/Pusch

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer hat am Montag den internationalen Preis „Dialogue of Civilizations“ erhalten. Im Rahmen des vom „World Public Forum“ (WPF) organisierten Gipfels „Dialog der Kulturen“ in Wien wurde Gusenbauer für seine Bemühungen geehrt, „den Dialog zwischen unterschiedlichen Kulturen zu fördern und diesen mit Verständnis, Respekt und Offenheit zu begegnen“. Gusenbauer betonte: „Das ist ein Preis für Österreich als Vermittler in der Welt.“



Die Post ist nach wie vor auf der Suche nach neuen Vertriebspartnern.

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1010 Wien, DVR: 0029106
Zulassungsnummer: GZ 02Z032169 W

ZUM SCHLUSS

Wichtige Hürden sind genommen. Die Steuerreform samt Konjunkturpaket und ein daraus folgendes Budgetszenario können als Grundstein für die neue Regierung gesehen werden. Wenn auch die Einigung auf Zahlen und ein Programm noch nichts darüber aussagt, ob eine Koalition auch funktioniert, stehen die Chancen gut.

Die Chancen stehen gut

Nachdem die ÖVP unter Wilhelm Molterer das Vorziehen der Steuerreform monatelang blockiert hat, zieht sie nun mit. Die Tarifentlastung soll immerhin 2,2 Milliarden Euro betragen, für die Familien ist zusätzlich eine Entlastung im Ausmaß von 500 Millionen Euro vorgesehen. Mit 1. Jänner 2009 (rückwirkend) eine Steuerreform im Ausmaß von 2,7 Milliarden Euro umzusetzen, ist ein kräftiges Signal. Die ÖVP ist wohl zur Einsicht gekommen, dass eine Stärkung der Kaufkraft dringend notwendig ist und man schwer erklären kann, dass Geld für die Banken da ist, die von der Teuerung gebeutelten Bürger aber nichts bekommen.

Das Konjunkturpaket wiederum soll durch Investitionen und Beschäftigungsprogramme verhindern, dass durch die auf die Finanzkrise folgende Wirtschaftskrise die Arbeitslosenzahlen sprunghaft in die Höhe schnellen.

Eine neue Regierung kann nur dann funktionieren, wenn sie gerade in schwierigen Zeiten die gebotene Ernsthaftigkeit und Konsequenz aufbringt und rasch Lösungen präsentiert. Bis dato geben die Regierungsverhandlungen Anlass zur Hoffnung: Bei allen inhaltlichen Differenzen, die bei zwei programmatisch so unterschiedlichen Parteien selbstverständlich sind, hat man den Eindruck gewonnen, dass zumindest der ehrliche Versuch besteht, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Wenn das auch in den nächsten Jahren gelingt, werden die Hoffnungen nicht enttäuscht.

Susanna Enk